

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

244 (20.10.1919)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkasseler 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7. Abt. Kolonelleite od. deren Raum 80 3, Reklamen 1.-M., zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 149 vorm., für groß. Aufträge nach zuvor.

### Das Programm des Reichswirtschaftsministeriums.

Ueber das Programm des Reichswirtschaftsministeriums machte Unterstaatssekretär Professor Hirsch in Ergänzung zu der Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt vor dem Zentralverband des deutschen Großhandels vor Vertretern der Presse folgende Ausführungen:

Die deutsche Wirtschaftslage wird im Ausmaß sowohl wie im Inhalt vielfach noch falsch beurteilt. Nach jedem Abstieg im ersten Halbjahr 1919 steht die deutsche Volkswirtschaft im Zeichen einer Besserung. Die Arbeitsintensität in der Kohlenproduktion und Warenausfuhr, soweit letztere sich amtlich beurteilen läßt, steigert sich trotz aller Hemmungen von Monat zu Monat. Der Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung wäre sicherlich noch viel weiter vorgeschritten, wenn es schon gelungen wäre, das Loch im Westen, das das gegenwärtige Reichswirtschaftsministerium bei seiner Amtübernahme weißmachend vorfindet, zu stopfen und Rohstofflücke in ausreichendem Maße zu erhalten.

Im Binnenlande wird nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern auch die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung vielfach noch von irrigen Gesichtspunkten beurteilt. Eine vollkommen planlose Freiheit für alle wirtschaftlichen Kräfte ist weder beabsichtigt noch möglich. Die Reichsregierung verfolgt nicht die Planwirtschaft, auch nicht die planlose, sondern eine planmäßige Wirtschaft nach den Erfordernissen der neuesten Wirtschaftsentwicklung. Diese aber macht ein Arbeiten nach irgendwelchen starren Richtlinien unmöglich, wenn sie auch schon Ansätze zu organisatorischer Weiterentwicklung deutlich hervorbringt. In die Entwicklungsrichtungen der inneren Wirtschaft bringen die neuen Entscheidungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Verschiebung des Marktverhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, neue Tendenzen. So zeigt die veränderte Arbeitsmarktlage eine deutliche Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe. Dezentralisierende Tendenzen ziehen auch die bekannten Verteilungsrichtungen nach sich. Diese neuen Entwicklungsrichtungen machen es unmöglich, die industrielle und gewerbliche Tätigkeit in feste oder gar schematische Formen zu bringen. Die Zusammenfassung der Industrie muß sich aus den praktischen Notwendigkeiten ergeben und darf nicht künstlich geschaffen werden. Es ist auch nicht mehr nötig, Arbeiter und Arbeitnehmer zusammenzubringen. Die Arbeitsgemeinschaften erkaufen. Was uns not tut, ist Verbrauchersozialismus. Der letzte Verbraucher kommt bei der Selbstverwaltung der Industrie gar zu oft zu kurz. Ihn muß und kann die Regierung bei dauernd schlecht beschafften Märkten zu schützen suchen. Es wird vielfach beobachtet, daß Arbeiter Lohnforderungen stellen und den Unternehmern beschreiben, eine Preiserhöhung herauszuholen, die die Lohnerbhöhungen reichlich weit machen. Dabei leidet immer der letzte Verbraucher. Wo Angebot und Nachfrage sich annähernd die Wage halten oder wo die staatliche Macht nicht mehr stark genug war, um die Beherrschung durchzuführen, mußte man von der Zwangswirtschaft abgehen. Die Vorgänge haben aber deutlich gezeigt, daß eine vorstufliche Ueberleitung in freiere Formen des Wirtschaftslebens bei jedem Abbau der Zwangswirtschaft erforderlich ist.

Der Verbraucher hat sich auf einer besseren Vorkaufspolitik für die minder bemittelten Volksschichten. Das Preisprüfungsverfahren muß in enger Verbindung mit den Berufsvertretungen von Gewerbe und Handel weiter entwickelt werden. Dabei muß auch die Preispolitik der Verbände durch eine zentrale Preisprüfung überbrückt werden. Zur Bekämpfung des Schleichhandels wurde die Mitwirkung der Arbeitererschaft gewonnen. Zugleich mit der zentralen Preisbildung muß auch eine mehr zentrale Regelung der Lohnentwicklung angestrebt werden.

Zur Steigerung der Arbeitswilligkeit und Arbeitsleistung muß unter Fortführung der bisherigen Politik des Reichswirtschaftsministeriums auch weiter alles geschähen, um eine möglichst verbesserte Ernährung sicherzustellen.

Die weniger scharfe Ausmahlung des Brotmehles ist ein weiterer, durch Gesundheitsrückichten unbedingt gebotener Schritt auf diesem Wege. Die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel, obwohl vielleicht nicht ganz unbedenklich, werden vom Auslande nachgeahmt. Wichtiger werden die organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der minder bemittelten Bevölkerung sein. Eine Förderung des Genossenschaftswesens wird der Warenverteilung zu Gute kommen; im übrigen sind Erleichterungen für den Binnenhandelsverkehr beabsichtigt, insbesondere die Freilassung von der Konzeptionspflicht. Wo die Versorgung der minder bemittelten Bevölkerung nicht in zweckmäßiger Weise durchgeführt wird, muß gegebenenfalls Kommunalisierung oder Sozialisierung erfolgen.

Die Sozialisierung kann bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nur mit großer Vorsicht durchgeführt werden. Sie kommt gegebenenfalls in Frage, wo wichtige Rohstoffe für die Allgemeinheit nutzbar zu machen sind, wo ein privates tatsächliches Monopol den Uebergang in Staats Hände erleichtert, wo sich Industrien dem notwendigen Umgruppieren nicht fügen wollen, oder wo ein Reichsmonopol für die Reichsfinanzen erwünscht ist. Die Sozialisierung ist so gedacht, daß der Besitz der Produktionsmittel vom Reich wirklich übernommen werden soll. Die sozialisierten Betriebe sollen jedoch eine freie Form erhalten, in der die Betriebsdemokratie richtig ausgebildet ist. Die leitenden

den Beamten sollen durch ihre Entlohnung am Betriebe interessiert werden.

Außerordentlich schwer lastet auf Deutschland die Brennstoffnot. Man hat vielleicht etwas lange das Stimmenverhältnis der Kohlenverbände und -räte erwogen, während die Kohle selber zu fehlen drohte. Auch hier fand der Reichswirtschaftsminister eine äußerst bedrohliche Situation vor. In letzter Zeit ist die Beschaffung von Petroleum in größerem Umfange möglich gewesen. Bereits im nächsten Monat wird uns vier- bis fünfmal so viel Petroleum zur Verfügung stehen als zur gleichen Vorjahreszeit. Bis Ende Januar sind Abfälle auf 140 000 Tonnen Petroleum und Benzin gelangt, worunter sich auch Heizöl und Benzin für Motore befinden. Zur Steigerung der Kohlenförderung sind im Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium gemeinsam eine Reihe von Maßnahmen teils begonnen, teils in Aussicht genommen. So können im Braunkohlenbergbau bereits Produktionserhöhungen verzeichnet werden. Neue Felder sollen erschlossen werden. Im Steinkohlenbergbau ist die Heranziehung von Arbeitskräften und die Vereinfachung von Bedingungen des Brennstoffproblems. Für die erste Zeit ist ein Paradenbau organisiert worden, für später ist eine großzügige Aktion zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaus geplant.

Die Wirtschaftspolitik nach außen hin hat zur Vorbedingung die Wiedergewinnung sicherer Grenzen. Mit Rücksicht auf die Saluta wäre eine genau Kontingentierung der Einfuhr erwünscht. Zum Teil setzt sich jedoch bereits eine natürliche Kontingentierung infolge der beschränkten Kaufkraft Deutschlands durch. Wahrscheinlich werden wir in Zukunft eine Einfuhrpolitik der Industriebetriebe betreiben müssen, da der Kredit des einzelnen nicht ausreicht. Zur Durchführung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der an der Durchführung der deutschen Wirtschaftspolitik tätigen Anteil nehmen soll, ist bereits ein Geheißentwurf ausgearbeitet und geht demnächst den Bundesstaaten zu.

### Politische Uebersicht.

#### Anbiederungsversuche des ehemaligen deutschen Kronprinzen.

Herr Friedrich Wilhelm von Hohenzollern, ehemals deutscher und preussischer Kronprinz, hat sich im November v. J. getreu dem erlauchten Vorbilde ein bißchen sehr eilig und ohne förmlichen Abschied vom geliebten Volke entfernt, als es in Deutschland beizugeworfen worden war, aber das hindert und geniert den hohen Herrn nicht, jetzt beim deutschen Volke zu verweilen, für den Wiedererfolg sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es gibt in Deutschland ja Leute, die glauben, monarchische Wurzeln wittern zu können. Und da möchte der junge Hohenzollern nicht den Anblick verpassen, falls etwas zu machen wäre. Daß der Herr von Hohenzollern Briefe an allerlei alte Freunde aus der Kriegszeit schreiben zu lassen, in denen der junge Hohenzollern versichern muß, daß er immer gegen die Fortsetzung des Krieges war und schon nach der Schlacht an der Marne vorausgesagt hat, daß das deutsche Volk ins Unheil hinein getrieben wird, doch machte sich recht gut, falls es im deutschen Volke wenig dumme Kerle geben sollte. Herr Friedrich Wilhelm glaubt zu können. In der reaktionären „Täglichen Rundschau“, einem vorwiegend in Militärkreisen gelebten Schmarotcherblatt, wird nun ein Brief des ehemaligen Kronprinzen an seinen früheren Ordreoffizier v. Redberg veröffentlicht, in dem sich diese Stellen finden:

... Sie wissen ja, wie ich schon lange vor dem Kriege auf die Diplomatie eingewirkt habe, um Mittel und Wege zu finden, die immer drohender auftretende Gefahr des Krieges, zu beseitigen. ... Sie erinnern sich sicher noch unserer Gespräche nach der Schlacht an der Marne, die nur durch die Kopflosgkeit und durch das Verjagen der damaligen Obersten Heeresleitung zu einem so ernsten Mißerfolg wurde. Der Schließensche Plan zerbrach endgültig an der Marne, durchbrochen war er schon im Aufmarsch. Es war mir somit bereits im Herbst 1914 klar, daß der Krieg rein militärisch nicht mehr zum erfolgreichen Ende geführt werden konnte. Meine Ansicht, daß darum ein baldiger Friede anzustreben sei, habe ich oft genug zum Ausdruck gebracht. Wäre mein damaliger Wunsch, einen Frieden mit Frankreich zu schließen, verwirklicht worden — und wie Sie wissen, war ich dafür, einem solchen Frieden zuliebe Opfer zu bringen — dann wäre das nicht nur für Deutschland sondern, wenn man die ungeheuren Menschenverluste und die durch den Krieg verursachte Zerstörung des Landes in Rechnung stellt, auch für das französische Volk vielleicht glücklicher gewesen, als das schließliche Resultat des Krieges. Je länger aber der Krieg dauerte, um so mehr mußte ich erkennen, daß die einfachste Voraussetzung für eine allseitige Beendigung des Kampfes, nämlich eine zielbewusste politische Leitung, welche gegenüber der Energie unserer Gegner ganze Entschlüsse gefaßt hätte, überhaupt fehlte. Sie können sich daher einen Begriff davon machen, was ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Erkenntnis dieser Verhältnisse gelitten habe. Auch zu dem Entschluß, den Frieden mit England auf dem Wege eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Gegensätze zu suchen, fehlte der einseitige politische Wille. So kam,

was kommen mußte. Ich habe auch einen vergeblichen Kampf gegen die meines Erachtens unrichtige Behandlung unserer öffentlichen Meinung gekämpft, denn ich sah, daß wir schon lange in einem Verzweiflungskampfe standen. Man konnte sich also meines Erachtens nicht über den schließlichen Zusammenbruch in der Heimat wundern.

Das klägliche Schauspiel, das uns die Ludendorff, die Tirpitz, Bethmann Hollweg und wie die Generale und Staatsmänner alle heißen, bieten, indem sie die Welt dadurch gaudieren, daß einer dem anderen die Schuld an dem unglücklichen Ausgang des Krieges zuwerfen will, wird somit durch aktives Eingreifen des jungen Hohenzollern noch erhöht. Ein herrlicher „kameradschaftlicher“ Zug von dem ehemaligen königlichen Heerführer, so gegen seine Kameraden in der Öffentlichkeit vorzugehen! Doch das nur nebenbei. Der Zweck der kronprinzlichen Stillung ist, sich dem deutschen Volke als der Thronanwärter zu empfehlen, der eigentlich frei von Schuld und Fehl ist und der uns das größte Unglück erspart haben würde, wenn er schon damals am Ruder gewesen wäre. Nebenbei: Greife zu, dummer deutscher Michel, Friedrich Wilhelm ist der richtige Mann! Die Corona, die ich vor und während des Krieges um den jungen Hohenzollern herum war, auf ihn in ihren Kriegseidenschaftlichen wie bei ihren reaktionären Vätern alle Hoffnungen setzte, wird die kronprinzlichen sein gepflegten Gedanken bei den Brüdern an alte Freunde geführt und den Text formuliert haben. Und sollten die Briefe einen guten Eindruck machen, werden sehr bald weitere folgen, die man ja beliebig vordatieren kann.

Da gefaßt wir uns doch folgendes zu sagen: glaubt denn der junge Hohenzollern und glauben seine eifrigen Freunde, es sei in Vergeßlichkeit geraten, was Geistes sind Herr Friedrich Wilhelm ist? Wir erinnern uns noch jener Reichstags-Sitzung, in der Herr Seydewitz gegen den Beschlusse zu Felde zog und ihm besonders in der äußeren Politik Schloßpfeil vorwarf. Lebend vor Jörn antwortete damals der Kronprinz dem führenden Reaktionsär, er, der Kronprinz, wäre nicht immer das Schwert im Munde. Während der Rede Seydewitz sah der Kronprinz in der Höhe und pendelte dem Herrn Seydewitz ein omentativ Beifall, daß es der gesamte Reichstag sehen mußte. Beifall hat dann den Herrn von Hohenzollern angehängelt und auf dessen Anordnung mußte der Junior die Hofloge verlassen. Das waren wohl die Mittel und Wege, die der junge Hohenzollern einschlagen wollte, um den Frieden zu erhalten? Und weiter. Der Herr will uns glauben machen, er habe schon nach der Schlacht an der Marne eingeschrieben, daß das deutsche Volk einen Verzweiflungskampf führe. Wenn das wahr wäre, was der Herr Kronprinz in dem Briefe sagt, dann muß das Urteil über ihn um so härter lauten. In seinem Hauptquartier ist es nämlich stets am lustigsten und fidelsten zugegangen. Wir erinnern uns, wie Soldaten aus allen deutschen Stämmen immer wieder uns in hellem Jörn erfüllt haben, wie lustig und lebhaft gerade die kronprinzliche Hofhaltung hinter der Front geföhrt wurde. Wir Sozialdemokraten wußten, daß das deutsche Volk einen Verzweiflungskampf führt und diese Erkenntnis hat uns veranlaßt, ihm in der schweren Zeit und Situation nach Kräften beizustehen. Wie aber will der Kronprinz und Heerführer Friedrich Wilhelm das lustige Leben in seinem Hauptquartier mit seiner Erkenntnis in Einklang bringen? Oder hat vielleicht Se. Kaiserliche Hoheit in seiner „verzeihlichen Erkenntnis“ nach dem Volksliede hinter der Front gelebt: „Nur immer lustig in frohem Sinn, denn futich ist futich und hin ist hin!“ Herr Friedrich Wilhelm von Hohenzollern wollen wir für unsere Teil sagen: als einfacher Staatsbürger ist natürlich auch er zu ertragen, aber wenn er monarchische Hofmienen pflegt und damit sich anbietet, so darf er der gezielten Opposition sicher sein. Den Hohenzollern geht es jetzt wohl auch ganz gut, dort wo sie sind und wie sie sind. Da wollen wir sie lassen!

#### Weniger Gerede, ihr Herren!

Daß die Nationalversammlung, seit sie zusammengetreten ist, ein recht adäquates Stück Arbeit geleistet hat, kann ebendauerweise nicht bestritten werden. Wir sind von der Qualität der geleisteten Arbeit keineswegs immer erbaud und haben begründete Ursache zur Kritik, aber an Fleiß hat es das Parlament nicht fehlen lassen. Das gilt auch heute noch, jedoch fängt der Umfang der Vielrederei und der langen Reden wieder an, sich einzunisten, eine Gefahr, die jedem Parlament droht. Da wollen wir nicht verämbeln, mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Nationalversammlung Ursache hat, dem anwachsenden Unfug schnell und energig ein Ende zu bereiten. Diese Maßnahme gilt allen Parteien. Es müssen wirklich nicht immer zwei Garnituren Redner aufstehen und länger konnten sich die mehr oder weniger Redner ebenfalls lassen. Das Volk leidet das Parlament und seinen Wert nicht in erster Linie nach der Häufigkeit und der Länge der gehaltenen Reden, sondern nach den geistreichen, scharfen Leistungen. Weniger an Reden würde in der Regel ein Mehr in den Leistungen bedeuten. Gewiß hat jedes Parlamentsmitglied den Wunsch und Ehrgeiz, wenigstens einmal auch im Parlament zu sprechen. Aber bei der beschränkten Tagungsdauer der Nationalversammlung würde sich das nicht oder nur auf Kosten des Parlaments selbst und der zu leistenden Aufgaben

Seite 2  
enden  
558  
ger  
DI  
schul.  
e, best-  
rg und  
6802  
in,  
assburg.  
Hof  
nger  
asse.  
Kof  
on 226  
eine  
ark 1.50  
Liter.  
Hohl.  
ane  
Zeit  
el aus  
eine,  
5932  
tisch  
geben.  
ommen.  
Frau.  
berg  
chaft  
en.  
bler.  
er  
7253  
en, ein-  
an.  
3950.

betrefflichen lassen. Die Weltgeschichte wird auch dann ihren Gang gehen, wenn nicht jedes M. d. N. im amtlichen Stenogramm „verewigt“ ist. Also, ihr Damen und Herren in Berlin! Weniger und kürzer reden. Arbeit gebraucht das deutsche Volk, Reden werden ohnehin genug gehalten.

Parteitag der U.S.P.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen hat für den am 16. November in Leipzig beginnenden Parteitag folgende Tagesordnung festgelegt: 1. Geschäftsbericht der Parteileitung (Referent Hiltner). 2. Programm und Taktik der Partei (Referent Crippin). 3. Unsere Stellung zur Internationale (Referent Hiltner). 4. Die Gewerkschaftsbewegung (Referent Gense). 5. Besondere Anträge.

Von den besetzten Gebieten.

Sur Erziehung eines französischen Offiziers in Saarbrücken. Der französische Offizier, der in Saarbrücken während der Streikunruhen erschossen wurde, ist der Bataillonschef Francois Verer auf. Einige Heftblätter erzählten, daß dieser Offizier durch die Kugel eines deutschen Ausständigen in die Stirn getroffen worden sei. Der Korrespondent des „Temps“ berichtet aus Saarbrücken, daß Verer sich mit seiner Frau in einem Zimmer des Hotels Resemer befand, als eine verirrte Kugel ihn traf, die offenbar sehr weit herkam. Das ist eine indirekte Bestätigung, daß Verer durch ein französisches Infanteriegeschütz getötet wurde, denn die Ausständigen schossen mit Revolvern, die nicht sehr weit tragen. Nach diesem Bericht beträgt die Zahl der Opfer etwas über 700. Bis zum 1. Oktober wurden 88 Personen, darunter ein Ausständiger, zum Tode verurteilt, die auf einen französischen Jäger geschossen hatte. Dieses Todesurteil ist sofort vollstreckt worden.

Sieben französische Offiziere als Schmuggler verhaftet. In Mainz wurden 7 französische Offiziere unter der Verhuldung, Schmugglerhandel mit Deutschland getrieben zu haben, verhaftet, ebenso 16 französische und deutsche Kaufleute.

General Desoutte führt sich ein.

Der Verlag der bedeutendsten Mainzer Tageszeitung wurde von der französischen Behörde mit einer Geldstrafe von 10 000 Franken bedacht, weil es übersehen wurde, eine Theaterkritik ganz unverständlichen Inhalts der französischen Zensur zu unterbreiten.

Oesterreich.

5 Milliarden Defizit in Oesterreich.

Die deutsch-oesterreichische Nationalversammlung wurde einer Wiener Nachricht zufolge am Mittwoch eröffnet. Unter dem Geschwandspräsidenten stand der röm. Staatssekretär für Finanzen, Schumpeter, verlas die Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1919/20, in dem als Gesamtansatz 844 Millionen Kronen, als Gesamteinnahmen 844 Millionen Kr. vorzulesen sind, also ein Defizit von 4997 Millionen Kronen verbleibt.

Das neue Kabinett. — Amtsträger der Minister.

Wien, 17. Okt. Die Nationalversammlung hat ohne Fehlschlag die Ratifizierung des Saint Germainer Staatsvertrages beschlossen. Gleichzeitig beschloß das Haus eine den sämtlichen Parteien einbringende Resolution, worin an die Minister die dringende Bitte gerichtet wird, daß jetzt ohne Verzögerung die Heimbeförderung der Kriegsgesangenen durchgeführt werde.

Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages überreichte Staatskanzler Dr. Renner und das Gesamtkabinett seine Demission. Der während der Unterredung der Sitzung sofort eintreffende Hauptauskunft nahm die Demission des Kabinetts an und beauftragte den Abg. Dr. Renner als Staatskanzler der Nationalversammlung vorzuschlagen und die von Renner vorgelegte Liste des Kabinetts zu akzeptieren. Nach der Wiederannahme der Sitzung wählte die Nationalversammlung die neue Regierung, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Staatskanzler und Staatssekretär des Außen: Abg. Dr. Renner (Soz.); Botschafter: Abg. Jakob Finl; Staatssekretär für Inneres und Unterricht: Mathias Elders; Unterrichtssekretäre: für Inneres und Unterricht: Abgeordnete Otto Glödel und Nikolaus (Christl.-Soz.); Staatssekretär für Justiz: Abg. Dr. Guno Ranel (Christl.-Soz.); Unterrichtssekretär für Justiz: Abg. Dr. Arnold Eisler (Soz.); Staatssekretär für Heereswesen: Dr. Julius Deutsch; Unterrichtssekretär: Bah (Christl.-Soz.); Staatssekretär der Finanzen: Direktor Dr. Richard Reith; Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft: Abg. Stöcker

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Das Schlafende Heer. Roman von Clara Viebig. Nachdruck verboten. Die Schnur, die bis jetzt zurückgedrängt gewesen war, schien geschlossen hatte, regte sich. Gütte er ihr doch befehlige! Aber nun war's zu spät; auch wenn er von Reien aus noch ein Telegramm schickte, konnte sie doch auf den schlechten Wagen nicht mehr zur rechten Zeit mit dem Wagen an der Bahn sein. Allein mühte er ankommen, wieder allein sein, wie immer! In einem Gefühl der Verbitterung, so weggesetzt zu leben, so fernab der Kultur, schloß er die Augen und drückte die von einem dumpfen Schmerz befallene Stirn gegen das Polster. So fuhr er in der Kreisstadt ein; den Baletot zugewandt, den Kragen hochgeschlagen, schritt er vom Bahnsteig. Bekannte Leute grüßten ihn wieder. Alles polnisch: Was befehlt der gnädige Herr? Dem gnädigen Herrn zu dienen! Halle zu Füßen, gnädiger Herr! Ueber den bespritzten Flur schritt er durchs Bahngelände nach der Straße. Dort lag eine Höherin mit einem Köpchen auf der unteren Treppentreppe des Portals, ein triefäugiges, schmutziges Weib, und eine Frau in polnischer Haube stand bei ihr und feilschte um einen Serring. Das alte Weib fuhr mit den schwarzen Fingern in die Tonne — die Salzlake troff — und die andere nahm den Herinn auch in die Hand und froh ihn auf, stehenden Fußes, mit Kopf und Schwanz, mit Schuppen und Salzlake; nur die Gräte des Rüdgrates spuckte sie vor sich hin. Ahn ekelte. Tief verstümmt schritt er in die Stadt hinein. Kein einzelnes deutliches Firmenbild. Alles polnische Namen und jüdische. Polnisch-jüdisch — wer konnte das trennen? Ebenso unloslich diese beiden Elemente miteinander verbunden, schier unzertrennlich verwachsen, wie die ganze Provinz mit dem Polentum! Es schien Dolechal auf einmal, als seien all seine Bestrebungen, lang Bestehenbes auszumergen, fruchtlos-kindliches Bemühen. Er sah nicht mehr rechts und links. Ahn ärgerte die Schilder der Räden, ihn ärgerte der Dom, der so uralte mit

(Christl.-Soz.); Staatssekretär für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten: Abg. Herbig; Unterrichtssekretär für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten: Abg. Dr. Ellenbogen (Soz.); Staatssekretär für Verkehrswesen: Sektionschef Panl; Staatssekretär für soziale Verwaltung: Abg. Hanu' a (Soz.); Unterrichtssekretär: Abg. Dr. Josef Reja (Christl.-Soz.) und Universitätsprofessor Dr. Landler; Staatssekretär für Volksernährung: Sektionschef Löwenfeld-Auß; Staatssekretär mit der bloßen persönlichen Mitarbeit an der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte bis zur Verabschiedung der Verfassungsform betraut: Abg. Michael Mader (Christl.-Soz.).

Nach der Neubildung des Ministeriums hielt Staatssekretär Dr. Renner seine Antrittsrede, worin er als Pflicht der Regierung betonte, dem im Geleße ausgesprochenen Volkswillen Achtung und Geltung jedermann gegenüber zu verschaffen. Die Regierung trete er aufgrund der zwischen den beiden großen Parteien geschlossenen Vereinbarungen an. Es handelt sich um einen Kompromiß, um Staat und Volk aus derurchbaren Krise herauszuführen.

Italien.

Eine Erklärung der italienischen Regierung.

Nach einer Meldung der „Posten Nachrichten“ hat die italienische Botschaft in Madrid dem spanischen Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß sich Italien an der neu angebotenen Modade gegen Deutschland nicht beteiligen werde.

Frankreich.

Jetzt wird gekrafft.

Paris, 18. Okt. Kammern. Anlässlich der Bewilligung gewisser Kredite gibt Lesjere Einzelheiten über die Schwierigkeiten, denen das kommende Parlament die Stirn bieten müsse. Finanzminister A. Loh wirt dem Redner vor, daß er nur die Passiven Frankreichs erwähnt habe, aber darüber hinaus schulden wir noch 20 Milliarden, davon die Hälfte den Vereinigten Staaten. Aber Frankreich verfügt über eine bedeutende Aktivbilanz. Frankreich war und ist noch jezt der größte Geldgeber der Welt. Auf verschiedene Punkte von sozialistischer Seite erklärt der Minister, daß das Land vor dem Krieg nur den vierten Teil seiner Gläubiger gehabt habe in Rußland hatte, während des Krieges nur den zehnten Teil. Die Kammer könne keinen Augenblick zweifeln, daß die deutsche Schuld eingetrieben werde. Als er erklärte, daß die Finanzlage Frankreichs hinsichtlich des Voranschlags bedeutend gebessert habe und erklärte weiter, daß die finanziellen Leistungen des Landes umso bewundernswürdiger seien, als die verstaateten Gebiete den fünften Teil der Einnahmen ausmachten und die Demobilisierten ihre Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen konnten. Das Land hat also seine volle wirtschaftliche Kraft noch immer nicht wiedererlangt. Der Voranschlag heißt also nicht von 5 auf 25 Milliarden, sondern von 10 auf 20 Milliarden. Ungeachtet dessen werde es für den Fiskus genügend sein, wenn 5 oder 6 Milliarden, die auf mehrere Zeitpunkte verteilt werden, aufgebracht würden. Die Einberleiung Esch-Lohringens wird Frankreich eine bedeutende Steigerung der Einnahmen bringen. Frankreich kann also allen kommenden Budgetlasten Genüge leisten und hat den Willen, ihnen zu beugen. Es wird bald alles aus seinen Reichthümern herausproduzieren, was möglich ist. (Beif. Weif.) Loh drückt dem Lande ein Vertrauen aus, daß es Männer in die Kammer wählen werde, die ihrer Pflicht gewachsen sein würden. Das Haus nimmt das gesamte Projekt über die Kredite an. (Diese Proklamation des französischen Finanzministers steht in augenfälligem Widerspruch mit seinen jüngst gegebenen Erklärungen in der Kammer über die Finanzen Frankreichs, auf Grund deren er ganz ungeheure Anforderungen an das verarmte Deutschland stellte. Welche von beiden Erklärungen ist jezt guttrefend? Die Red.)

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 18. Okt.

Eröffnung der Sitzung um 120 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts beim Kapitel Reichsarbeitsministerium. Abg. Müller-Vollbach (Soz.): Das Geleße über die Vertriebsräte hätte längst fertig gestellt sein müssen. Eine Novelle

über die Kriegsbeschädigten ist in Vorbereitung. Es ist zu befragen, daß in dem neuen Entwurf gewisse Unterchiede zwischen den einzelnen Klassen der zu Entschädigenden fortfallen sollen. Die Kriegswaldenente lohnt zwar kaum die Mühe der Feststellung. Vereinfachung auf dem gesamten Gebiete des Versicherungswesens muß eintreten, so bei den Krankenassen. Die maßgebende Mitwirkung der Versicherer muß beim Versicherungswesen eingeführt und ein einheitlicher Versicherungsvertrag für die verschiedenen Zweige der Versicherung geschaffen werden. Die Angestellten müssen in die Arbeiterversicherung einbezogen werden, ohne den Angestellten erworbenen Rechte zu nehmen. Die Berufspflege und die soziale Fürsorge sollten im Arbeitsministerium vereinigt werden.

Abg. Trommel (Zr.): Die Schaffung eines ausgedehnten Arbeiterrechtes muß beibehalten werden, zumal auf dem Gebiete des Vereins- und Koalitionsrechtes. Gewalt und Terror sind zu vermeiden. Den Bestimmungen der Verfassung muß Geltung verschafft werden. Die Schaffung eines Beamten- und Angestelltenrechtes, sowie die Klärung des Schlichtungs- und Einigungsrechtes sind dringliche Aufgaben. Politische Streiks sind zu verhindern. Das Betriebsrätegesetz bedarf einer gründlichen Durchberatung unter Wahrung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter. Die Arbeitslosenunterstützung ist weiter zu vergrößern bis zur geschickten Regelung der Arbeitslosenversicherung. Die Ausbeutung der esinnarbeiter muß verhindert, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen müssen ausreichende Unterstützung werden. Wie steht es mit dem Mannschafverfügungsgesetz?

Abg. Frau von Giese (D.M.): Die Sozialpolitik müßte im jüdischen Zusammenhang stehen mit der Wirtschaftspolitik. Der eigentliche Zweck des Ministeriums ist aber, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regeln. Schlimm ist, daß die Arbeit jezt nicht mehr als Lebensnotwendigkeit betrachtet wird. Hier hat der preussische Sozialismus völlig versagt. Er hat das Volk nicht zu einer höheren Betätigungswelt der Arbeit erziehen können. (Widerbruch links.) Bilettiert ist daran die Unterhaltung schuld, mit der Sie (nach links) arbeiten zu müssen glauben. Nur in einem starken Staat kann Sozialpolitik getrieben werden. Die Unterhaltung jugendlicher Erwerbsloser müßte an den Besuch von Fortbildungsschulen geknüpft werden. Bei der Schaffung eines Arbeitsrechtes müßten wir, daß den Berufsvertretungen Rechnung getragen wird. Auch der Beruf der Hausfrau muß als solcher anerkannt werden. Die Koalitionsfreiheit begründen wir. Sie muß vor allem vor dem Terror geschützt werden. Bei den Betriebsräten darf das Mitbestimmungsrecht nicht zum Witzspielen werden. Die Rechte müssen erhöht werden, besonders jene der Invaliden und der Hinterbliebenen. Unser Grundbuch ist Klassenvererblich, Einstellung der Arbeit in die Wirtschaft und der Arbeiter in die Gesellschaft.

Minister Söldke: Wenn die Lust zur Arbeit noch nicht da ist, so ist das sogenannte Stahlbad des Krieges daran schuld. Das Wichtigste ist die Schaffung einer Reichszentrale für Arbeitsvermittlung. Die Erwerbslosenunterstützung hat sich anders gestaltet, als wir gedacht haben. Der Aufbau kann nur so gelingen, daß eine strenge Kontrolle durchgeführt wird. Vor allem müssen Landesregierungen und Kommunen für Arbeitsbeschäftigung sorgen. Das Wichtigste, um unter Wirtschaftslieben wieder in Gang zu bringen, ist unser Arbeiterschutz. Der Minister kündigt schon eine ganze Reihe von Arbeiterbeschäftigungsbestimmungen und Wohlfahrtsmaßnahmen an. Die Revision der Reichsversicherungsordnung ist in Aussicht genommen, beschließen die der Krankenversicherung. Es soll vor allem die Versicherung der Haupterwerbtreibenden wieder eingeführt werden. Ein Geleßentwurf über Arbeitslosenversicherung ist in Vorbereitung, desgleichen finden sich Geleßentwürfe über die Wohnungsfrage und das Heimstättenfürsorgewesen in Vorbereitung. Durch Übernahme des gesamten Militärversorgungswesens ist die Arbeit des Reichsarbeitsministeriums ungewohnter gemacht. Eine Reform des Schlichtungswesens ist im ersten Entwurf fertig gestellt und wird dem Hause in nicht allzulanger Zeit zugehen. Statt der Ernennung der Richter ist die Wahl vorgezogen. Ferner ist die Bildung von Berufsämtern und eine Revisionsinstanz vorgezogen. Die Wahrung des Koalitionsrechtes wird zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören. Ich verwerfe jeden Terror bezüglich der Befolgung der Arbeitsverhältnisse und des nütze mich, vermittelnd einzugreifen.

Als der letzte Redner, Abg. Eichhorn (U.S.), das Wort ergreifen will, verlassen alle Abgeordneten den Saal, mit Ausnahme seiner Parteigenossen, desgleichen hatte die gesamte Regierung den Saal verlassen. Es blieb nur der Präsident mit einem Schriftführer anwesend, zunächst neun, später sechs Unabhängige und der Abg. Wöbe (Soz.), der als Vizepräsident den Präsidenten Hefner-Brühl ablösen will, später aber auch den Saal verläßt. Bereits mit der Rede des Abg. Eichhorn wird die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt. Schluß 16 Uhr.

Rücken beugte, eine Weile neben dem Wagen herschritt. Er sah alles nicht, nicht das Wachsen der Saaten, nicht den Fleiß der Leute, auch nicht die helle Sonne; er fühlte nicht den erdigen Duft, der von der Scholle aufstieg und mit belebendem Hauch um seine Stirn strich. Um ihn her war es finster.

Er hörte auch nicht das leise Trillern einer Lerche am benächsten Grabenrain. Aber er hörte jezt das Läuten der Glocke von Rociada-Dorf. Das Schicksalsläuten. Weithin über die Felder weht der Klang. Die Leute, die vereinigt da und dort arbeiteten, verneigten sich; er sah, wie sie sich bekreuzten und dann schleunigst, ihr Arbeitsgerät zusammenraffend, sich zum Heimweg anschickten. Sie hatten genug geschafft, die Feierabendglocke rief sie. Ach, wann, wann würde sie ihn rufen? Würde auch er bald Feierabend machen können nach vollendetem Tagewerk? Nein, aber vielleicht bald Feierabend machen müssen nach nicht vollendetem, nach fruchtlosem Ringen!

Schwerenmütig nickte er vor sich hin: Feierabend nach fruchtlosem Ringen. Und dann durstige er ihn jezt nach einem Schreden: um Gottes willen, das war ja schon fast Melancholie!

Sich einen Aufgebend, richtete er sich aus seiner Ecke auf; die Hände zusammenballend, biß er die Zähne aufeinander — nein, sich nicht unterkriegen lassen, den schwarzen Vogel scheuchen, der die Flügel senken wollte!

Da fühlte er den Hauch der Scholle. Gott sei Dank! Und er riß den Baletot voneinander und atmete tief. Gott sei gedankt für diesen Duft der Felder!

Den Hut von der Stirn zurückziehend, sah er freier um sich. In seinem zerquälten Herzen machte die Liebe auf; so groß auch die Qual war, die Liebe war doch noch größer. Nein, diese Felder hier waren schön, schöner als alle andern in der Welt! Sie hatten sie ihn nur monoton dünken können? Und ihre Unkündbarkeit mußte verjöhnen für vieles was sonst verstimmte.

Dolechals Stirn glückte sich: war hier nicht Tau und Sonnenchein, nicht Wachsen und Gedeihen? Ja, ja und dreimal ja!

(Fortsetzung folgt.)



Beziehungen, 3. Regelung der Valutafrage, 4. Sammlung der Auslandsdeutschen, 5. Verbindung mit Ausland, sobald es wieder ein Staat ist, 6. weitestgehende Politik mit den Vereinigten Staaten, denn Amerika und England sind keine Feinde, und aufmerksames Verfolgen der geheimnisvollen Probleme im stillen Osten. Wie man jedoch dieses nicht gerade originelle Programm durchführt, darüber schwebt sich der deutsch-nationale Auslandspolitiker in allen Sprachen aus. Wir sind, wie Herr Höpff betont, auf internationale Hilfe angewiesen, eine Erkenntnis, mit der die gesamte deutsch-nationale Politik im schroffen Widerspruch steht. Oder soll es vielleicht dazu beitragen, daß wir internationale Hilfe bekommen, wenn wir nichts anderes kennen als den täglichen Schrei nach Rückkehr des Militarismus, nach Rückkehr zur verpönten Machtpolitik gestützt auf eine feste militärische Grundlage, wofür am besten (die in den Ländern, auf die wir angewiesen sind, nicht erst Autorität der Regierung untergeben wird, wenn der Völkerverbund, der allein es ist, der uns Verletzung von den harten Friedensbedingungen bringen kann, von militärischen deutsch-nationalen Gehirnen, denen es ewig ein Ziel mit sieben Steinen sein wird, herabgezerrt ist, wenn — zwar unter offizieller Abweisung eines Rabaukantisemitismus, der dafür unter der Decke gepflegt wird — sämtliche offiziellen Redner die Juden (die in den Ländern, auf die wir angewiesen sind, nicht erst seit heute, eine entscheidende Rolle spielen), zu Staatsbürgern zweiten Grades degradieren wollen. Nein, auf diese Weise kann keine auswärtige Politik gemacht werden; höchstens könnte das deutsche Volk hierdurch völlig ruiniert werden.

Ueber die Ausführungen des letzten Redners, Herrn Hrn. Oberbürgermeister Meyer-Karlstraße, über „Innerpolitische Aufgaben“, können wir kurz berichten, indem wir darauf hinweisen, daß sie auf den langsam bekannnten Ton seiner Landtagsreden gestimmt war, vermehrt durch ein Loblied auf das Wirken seiner Fraktion, die den Eindruck habe, „isoliert“ dazustehen, der die Wehrkraft der Presse nicht gerade sehr genügt sei, und die nun Opposition mache. Die antimilitärische Haltung der Deutsch-nationalen wurde von Herrn Meyer durch Betonung der Beschlüsse des Berliner Hauptverbandes unterstrichen, was uns von der Reaktion wenig Wunder nimmt, da ja die Juden von Herr Höpff über Marx-Lassalle bis Ludwig Frank-Kurt Eisner von jeder zu den Vorkämpfern der deutschen Demokratie gehören. Bekannt ist auch das im Ausland genigam belächelte all-deutsche Loblied von der „Erdbebung des deutschen Geistes“, die der Redner wieder aufwärmte, trotzdem Herr Höpff zuvor bereits feststellte, daß wir „im Jahre 1918 militärisch geschlagen waren“, wenn sich auch dieses nicht zur völligen Anerkennung der historischen Wahrheit entschließen konnte. Durchwegs waren die Ausführungen mit einer Verherrlichung des alten Systems, wenn wir auch „eine unfähige Regierung“ gehabt hätten mit verächtlichen Wendungen gegen den Partikularismus, den beim reichlichen Verfassungswort gerade die Deutsch-nationalen pflegen und in dem Wunsch nach „Wiederherstellung des deutschen Reiches Herrlichkeit“ hinaus.

Zum Schluß kamen noch einige Redner zu Wort, von denen einer befürchtete, daß der Gedanke der Volkspartei, auf dem Parteitag nicht genügend betont würde (14), während der andere den Wunsch nach dem Sturz der Militärs, das ist der Militarismus, den müssen wir wieder haben.“

Alles in allem gab der Parteitag das Bild, das man zuvor erwartete. Dieses Bild erfüllt uns jedoch mit unferm gemindertem und ausgehungertem Biele, das dem Auslande die Reden und Taten der Deutsch-nationalen, nicht nur die vor und während des Krieges, sondern auch die neuerlichen — siehe die Obsequenklade wegen des neuen militärischen Vorstoßes — begehnen muß.

**Aus der Stadt.**

**Übergrasste Munitionsböden in der Grenadierkaserne.**

Es ist in letzter Zeit aufgefallen, daß während des nachts heute über die Mauern der Grenadierkaserne Kletterer und da der Verdacht nahelag, daß diese Leute es auf Munitionsböden abgesehen haben, legte sich ein Offizier mehrere Nächte auf die Lauer. In der Nacht vom 15. auf 16. d. M. gelang es diesem denn auch, drei Männer zu stellen, von denen jeder eine Kiste mit gestohlenen Munition trug. Da die Männer bewaffnet waren und auf den Offizier schossen, entwickelte sich zwischen ihnen und dem Offizier ein längerer Kampf, bei dem die Diebe einige 20 Schuß abgaben. Der Offizier wurde, wie uns berichtet wird, zweimal getroffen und erlitt Verletzungen an der Schulter und am Bein. Herbeieilende Mannschaften konnten die Diebe leider nicht festnehmen und trugen den verletzten Offizier in die Kaserne, während die Diebe mit ihrer Beute im Dunkel des nassen Waldes entkommen konnten.

**Zentralverband der Angestellten.**

Nachdem vor 14 Tagen der Zentralverband der Angestellten, unter welchem Namen sich die früheren freigewerkschaftlichen Verbände Zentralverband der Handlungsgehilfen, Verband der Büroangestellten und Verband deutscher Versicherungsbeamten zu einem Einheitsverband der Angestellten zusammengeschlossen haben, diesen Zusammenschluß durch eine feierliche Veranstaltung im Saale der Festhalle gefeiert hatten, wurden nun in einer Generalversammlung am letzten Dienstag auch die organisatorischen, geschäftlichen Grundlagen der neuen Organisation geschaffen. Der Saal des „Elefanten“ war viel zu klein, um alle Erscheinenden zu fassen, der Saal und die Stimmung, die die Veranstaltung beherrschten, die Einmütigkeit, mit der sämtliche Beschlüsse gefaßt wurden, zeigten, daß der Geist der gewerkschaftlichen Solidarität, die revolutionäre Kampfesfreude, die Idee des Kampfes auch bei den Angestellten tief Wurzeln bereits geschlagen haben, daß auch diese Berufsstände, obgleich eine der letzten, in denen der Organisationsgedanke fruchtbar wurde, nun als vollwertiges Glied in der Kampfreihe der Gesamtarbeiterbewegung anzusehen ist. Kolonne Töpfer, der bisherige Vorsitzende des Zentralverbandes, berichtete eingehend über die Verhandlungsverhandlungen in Weimar und über die dringlichen Verhandlungen am hiesigen Orte. Die Verhandlungen verliefen ohne Schwierigkeiten, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses ließ alle Hindernisse leicht überwinden. Der Vorstand des Karlsruher Ortsverbandes soll sich zusammenfassen aus 8 Angehörigen des bisherigen Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, 4 Kollegen aus dem Verbande der Versicherungsangestellten und 2 Mitgliedern des Verbandes der Büroangestellten, als 18. Mitglied kommt ein Kollege aus Duellach hinzu. Der neue Verband zählt in Karlsruhe nun gegen 3000 Mitglieder, er ist somit die stärkste Angestelltenorganisation; er hat also wirklich die Legitimation und Berechtigung, sich Einheitsverband zu nennen, wie er auch allein den Namen einer gewerkschaftlichen Organisation zu führen das Recht hat. Wir müssen das belohnen, weil die verschiedenen anderen Verbänden und Vereinen in letzter Zeit einen großen Unfug mit dem Namen „Gewerkschaft“ und „Einheit“ treiben, um Dumme zu fangen und Unfunde zu täuschen.

Die Wahlen des neuen Vorstandes nahmen einen glatten Verlauf, auch hier herrschte vollste Einmütigkeit, alle Wahlen erfolgten einstimmig. Am 1. Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Kolonne Fritz Töpfer, gewählt, zum 2. Vorsitzenden Kollege

Käfer, zum 3. Vorsitzenden Kollege Kreuzer, zum 1. Schriftführer Kollege Görr, zum 2. Schriftführer Kollege Gelsenstein, zu Beisitzern die Kolleginnen Kraft und Wendiger und die Kollegen Rathes, Stang, Decher, Braun, Schmidt, zu Revisoren die Kollegen Gädler, Seifert und Kempf. Als Ortssekretär wurde Kollege Oberle wiedergewählt.

Zum Schluß berichtete Kollege Kiefer über die Verhandlungen bei der Handelskammer wegen Gewährung weiterer Feuerzuzulagen an die kaufmännischen Angestellten. Man sah aus den Ausführungen, welchen Stumpf auch jetzt wieder die Angehellenhaft und deren Vertreter mit dem Unternehmensstumpfen zu führen haben, um das zur Bestreitung der Lebensnotwendige zu erhalten. Jede Mark mußte den Industriebesitzern und Handelsbesitzern in jedem Kampf abgerungen werden. Die Angebote der Gewerkschaften waren geradezu lässlich, um keine schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Die Verhandlungen waren am Dienstag noch nicht abgeschlossen, wir zweifeln nicht daran, daß sie zu einem für die Angestellten befriedigenden Ergebnisse gelangen werden. Denn hinter ihren berechtigten Forderungen steht nicht nur die Macht einer geschlossenen und entschlossenen Organisation, sondern auch die alleseit bereitete Hilfe und Unterstützung der Gesamtarbeiterchaft.

**Seine-Abend.**

Der vom Bildungsanschuß anderamte Seine-Abend im kleinen Festsaal am nächsten Mittwoch, abends 8 Uhr, berichtet, nach dem Programm zu urteilen, in jeder Beziehung gebiegene Veranstaltung zu werden. Erste künstlerische Kräfte haben ihre Mitwirkung zugesagt, die sich bemühen, auf ausweichende Arbeiten des Dichters den Zuhörer zu vermittelten. Programme zu 50 Pfg. berechtigen zum Eintritt und sind im Vorverkauf zu haben in der Expedition des „Volksfreund“, Rigarenstraße 10, Pflanzstr. 10, in den Wirtschaften „Luchshaus“, „Gambirushaus“ und „Goldene Krone“, sowie in der Parteibuchhandlung, Adlerstraße 14.

**Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion.** In einer kurzen Notiz vom letzten Freitag über die Fraktionsleitung ist uns ein Irrtum unterlaufen. Es wurde nicht Genosse Gäßhorn zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, wie es in unserem Freitagbericht steht, sondern vielmehr Genosse Rothmeier. Gen. Gäßhorn wird als stellvertretender Domann des Stadtratsvorstandes vorgeschlagen.

Die Höchstpreise für Kartoffeln. Nachdem den Landwirten für eine rasche Ablieferung der Kartoffeln eine Entschädigung bewilligt wurde, wurde der Höchstpreis für den Zentner Kartoffeln in den Fällen, in denen der Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher liefert, wie folgt festgesetzt: 1. frei ab Acker oder Mäher auf höchstens 8 M 75 P, 2. frei Verladehülle des Veranordertes einschließlich der Kosten des Einlabens höchstens auf höchstens 9 M, bei Lieferung vor das Haus des Verbrauchers auf höchstens 10 M.

**Arbeitsratentendenzen.** Ueber Hans Thoma und seine Kunst spricht heute Montag abends 8 Uhr im Sanktbarbetsaal der Gesellschaft (Eingang Kreuzstraße) Herr Prof. Widmer, der als guter Redner und Kunstkenner bekannt ist. Wir möchten die Arbeiterschaft ermahnen, für guten Besuch des Vortrags zu sorgen.

**H. Kämpfer.** Sozialdemokratischer Verein. Wir sind in der angenehmen Lage, den hiesigen Arbeiterkindern eine Freude zu bereiten. Die Parteigenossen und Volksfreundler sollen es ihren Kindern und diese wieder den anderen Kindern sagen, daß sie am kommenden Donnerstag abends um 10 Uhr in den „Jahringers Löwen“ kommen sollen. Dort bekommen sie Lieder zur Laute, Märchenvorlesungen und Mandolinenkonzerte zu hören. Es kostet nichts! Erwünscht ist, daß recht viele Kinder erscheinen. Ob Brot oder Obst, getrunken oder gute Melzer, ist uns einerlei! Um 7 Uhr ist Schluss. — Wir machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß am Sonntag, 26. Oktober, im „Eichhorn“ nachm. 1/2 Uhr, ein Lichtbildvortrag für Kinder, abends 1/2 Uhr ein solcher für Erwachsene stattfindet. Eintritt für Kinder 10 P, für Erwachsene 20 P.

**Vertrauensklub Schönbühl.** Der dritte dramatische Abend findet am Dienstag den 21. Oktober, 1/2 Uhr, im Ratskeller statt und bringt das romantische Lustspiel „Schnee, Saiten, Fichte und tiefste Bedeutung“ von Grabbe. Nach dem ungewöhnlichen Erfolg der ersten Vorträge von „Dantons Tod“ und „Seeblut“ darf man gespannt sein, Schönbühls Vortrag, nicht jetzt einmal von der besseren Seite lernen zu können. Das geniale Grabbe'sche Jugendwerk mit seinem satirischen Zerkleinernd und seiner romantischen Ironie bietet dazu glänzende Gelegenheit. Der Kartenverkauf findet in der Postkassenhandlung von Frau Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, statt. — Karten zum ermäßigten Preise von 1 M 10 P in der Expedition des „Volksfreund“ und für die Angehörigen der Arbeiter-Jugend bei Redakteur Winter, Volksfreund.

**Kleine Nachrichten.**

General Mangin macht begangenes Unrecht wieder gut. General Mangin hat beim Verlassen seines Kommandos verfügt, daß 106 vom Schiedsgericht des Armeehauptquartiers verurteilte Deutsche die Strafe erlassen und 27 in Untersuchungshaft befindliche Deutsche in Freiheit gesetzt werden.

**Todesurteil.** Das Schwurgericht Saarbücken verurteilte den Gelegenheitsarbeiter Nikolaus Siegler aus Landstuhl, der in der Nacht zum 22. April ds. J. an einem Wege zwischen Forbach und Saarbücken den 58 Jahre alten Händler Jakob Dürschard ermordet und beraubt hatte, zum Tode.

**Raubmord.** Die Hörner Mörderin wurde in Wöbau Glimmacowas die aus acht Köpfen bestehende Familie des Reichers Mord ermordet aufgefunden. Es wird Raubmord vermutet.

**Freiwillige Einführung von Sonntagsdiensten im Kohlenbergbau.** Die Arbeiter der Braunschweigischen Kohlenbergwerke in Glimmerberg-Kommunen beschließen, im Hinblick auf die ärmere Lage der Kohlenbergwerke die Einführung der Sonntagsdienste.

**Angriff auf ein Kriegsgefangnis in Braunschweig.** In der Nacht auf Sonntag wurde in Braunschweig durch unermittelte geschlechte Verbrecher ein schwerer Angriff auf das Kriegsgefangnis unternommen. Etwa 20 Dandoranten wurden geschleudert. Die Nachbarschaft geriet in Gefahr.

**Die Kriegsverluste Englands zur See.** „Neuzeit“ hat den Tag“ meldet aus London, daß am 17. August 1919 die Großbritannien während des Krieges insgesamt Operationen im ganzen 2494 Schiffe mit einem Gesamttonnage von 7750 000 B.R.T. eingebüßt hat. Hierbei gingen 14 287 Menschenleben verloren.

**H. S. P. Gemeinhalten.** Der sozialistische kommunistische Landrat in Schmalkalden ist bei der ersten Kreisratswahl von den Unabhängigen, die einen eigenen Landrat aufgestellt hatten, taktisch angegriffen worden. Zwei nationale Reichswehrtruppen sind in Schmalkalden eingedrückt.

**Letzte Nachrichten.**

**Zusammenbruch des Berliner Angestelltenvereins.** W.B. Berlin, 20. Okt. Nachdem der Streik der städtischen Hilfsangestellten zusammengebrochen ist, der sich die Streikleitung, wie die „B. Z. am Mittag“ mitteilt, die Entlassung der neu eingestellten Arbeitswilligen durchzuführen. Demgegenüber hält der Magistrat an dem Beschlusse fest, daß die neuangestellten Hilfskräfte ihre Stellung behalten. Die Streikenden werden in der Reihenfolge, in der sie sich wieder zur Arbeit melden nur insoweit angestellt, als Stellen frei sind. Es bleibt dabei, daß die neuen Tarifverhandlungen nur aufgrund der Schiedsprüfung vom 30. April und 8. Oktober durchgeführt werden. Die Bezahlung der Streikperiode ist abgelehnt worden.

**Wirkungen der Blockade.** Berlin, 20. Okt. Der Verkehr im Nord-Ostsee-Kanal ist für deutsche Schiffe jetzt vollständig lahmgelegt. Die Fischerei an der pommerischen Ostküste ist infolge der Sperre vollständig eingestellt.

**Aus der besetzten Palz.** W.B. Mannheim, 20. Okt. Wie aus Speyer gemeldet wird, jagte General Fayolle in einer Anbroche an die obersten Beamten der Palz: Seit dem Waffenstillstand hat die Ordnung in der Palz geherrscht. Es seien nur einige Fälle von Störungen vorgekommen, hervorgerufen durch wirtschaftliche Schwierigkeiten infolge der Lebensmittellieferung. Das seien Nachwehen des Krieges. Frankreich leidet trotz seines Sieges infolge seiner zerstörten Provinzen weit mehr als Deutschland. Wenn die deutschen Armeen nicht die Kohlengruben Nordfrankreichs zerstört hätten, hätte die Palz heute Kohlen genug. Um die Lage zu verbessern gäbe es nur ein Mittel: Arbeit und immer wieder Arbeit, jede Unterbrechung der Arbeit verschlimmere nur das Uebel. Er teilt dann mit, daß die Bemühungen des neuen französischen Kommandeurs de Goutte, der sich in Besetzung Fayolles befand, auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse gerichtet seien. Wir alle haben, der eine wie der andere das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe. Dann werden auch die Beziehungen zwischen der palzlichen Bevölkerung und den französischen Truppen offen und ehrlich bleiben.

Die Ludwigsburger Palzzentrale meldet, daß vom kommenden Montag ab die Palz nicht mehr mit Elektrizität versorgt werden kann.

**Belgische Viehablieferungskommission.** W.B. Rotterdam, 20. Okt. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Brüssel, daß der Ausschuss, der sich mit der Auslieferung deutscher Viehes und der deutschen Pferde an Belgien befaßt, aus Brüssel nach Deutschland abgereist ist.

**Frankösisches Kriegsgericht.** W.B. Paris, 20. Okt. Das Kriegsgericht hätte gegen die Verurteilten die Reduktion oder Amnestie der „Gaspard des Ardennes“ teil genommen haben, wegen Einverständnis mit dem Feinde das Urteil und zurückwies die Leutnants Gerweh und Henry Leberne zum Tode, Marie und de la Fontaine zu 10jähriger Zwangsarbeit, Maßige, Du Bois, Berillie und Lefer, sowie die Frauen Yvonne, Pleg und Georgette Lebers zu 5 Jahren Zwangsarbeit. Henry de Grandel wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Louis Bouche und Frau Vachetel wurden freigesprochen.

**Die Ratifizierung.** W.B. Versailles, 20. Okt. Der Ministerrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Maßnahmen, die sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ergreifen werden müssen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Verteilung der internationalen Streitkräfte zur Besetzung der Gebiete, in denen Volksabstimmungen stattfinden sollen und um die unmittelbare nach dem Inkrafttreten des Vertrages aus Deutschland in anderen Welt übergeben sollen. Nach dem der Presse zugänglichen Communiqué soll erst dann, wenn die dabei in Betracht kommenden militärischen Maßnahmen vorbereitet sind, der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgen.

W.B. Versailles, 20. Okt. Uruguay hat am 16. Okt. den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert.

W.B. Versailles, 20. Okt. Wie „Chicago Tribune“ mitteilt, hat gestern der Damover „Präsident Grand“ mit 5000 amerikanischen Soldaten an Bord, die für die Besetzung Oberitaliens bestimmt sind, New York verlassen.

**Die englischen Gefangenentransporte.** W.B. Berlin, 20. Okt. Die Reichsgentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach einer inoffiziellen mündlichen Mitteilung der englischen Militärmission in London, die die Transporte der deutschen Kriegsgefangenen aus den englischen Lagern in Nordfrankreich und Flandern am 26. Okt. beendet sein. Vom 2. November werden etwa 13 Tage lang täglich Transporte in Stärke von 2000 Mann aus den in England befindlichen Lagern über Dover-Galitz eintreffen und nach Deutschland weitergeleitet werden.

**Rußland.** W.B. Seltinstors, 20. Okt. Nach den hier vorliegenden Nachrichten beträgt in Riga seit dem streikenden Vorkommen der Marine vollständige Panik. Deutsche Soldaten warfen ihre Waffen weg und plünderten Armbüchsen und dänische Wareniederlagen. Das Straßenbild ist vollständig kollektiv. Weiber durchziehen mit Waffen die Straßen. Die Regierung Ulmanis hat fluchtartig Riga verlassen und befindet sich in Wenden. Einmalige Soldaten weicern sich für die englische Politik aufzuheben. Die Engländer führen sich in Riga selbst nicht mehr sicher und haben Angehörige der baltischen Armee, die englische Armbüchsen tragen, zu ihrem Schutze herangezogen.

W.B. Amsterdam, 20. Okt. Nach einem Bericht der „Times“ aus Kopenhagen ist der westliche Teil von Skandinavien...

Stadt in Brand. Das Gefährdet der Werten verhin-

Aus Paris wird drüßlos berichtet, daß nach Abzug

W.A. Amsterdam, 20. Okt. „Telegraph“ zufolge meldet

Verein-Anzeiger. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Dienstag den 21. Oktober, abends

Der Auszug. Die Singkünde für die Jugend ist Dienstag 7 Uhr. Zahlreiches Erscheinen

Briefkasten der Redaktion. Es. Wenden Sie sich an die Firma Mett, Stempelfabrik,

Wasserstand des Rheins. Nehl 1,80 Meter, gef. 8 Zim.; Nagau 3,37 Meter, gef.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland,

Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Ba-

Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten die schmerz-

Trauerhüte in reicher Auswahl stets vorrätig

„Selbsthilfe“ Vereinigung der auswärts Angestellten

General-Versammlung unserer Mitglieder statt.

Die Sprechstunde in der Dr. Ellinger'schen Augenklinik

Badisches Landestheater. Montag, den 20. Oktober 1919.

Rastatt. Rechtsanwaltsstelle.

Kurz-Waren Strumpfhalter, Spir., Pr. 75 S.

Friedrichshof. Neue, hier noch nicht gezeigte Demonstrationen

Maurer und Erdarbeiter E. Hesselschwerdt.

Die Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstraße 16

Die Sprechstunde in der Dr. Ellinger'schen Augenklinik

Flechten-Wunder offene Füsse, Krampfadern

Offenburger Anzeigen. Nach Mitteilung der Reichswehrbehörden

Einladung zur Bürgerauschuss-Versammlung.

Lebensmittel-Versorgung. Ab Mittwoch wird verkauft:

Die Ausgabe der Kohlenkarten betreffend.

Die Ausgabe der Kohlenkarten betreffend.

